



Presseschau vom 11.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Warum ist der russische Rubel um etwa 70 Prozent unterbewertet? – Finanzanalysten klären auf

Laut der britischen Wochenzeitung „The Economist“ gilt der Rubel als am stärksten unterbewertete Währung der Welt - nach dem Big-Mac-Index, an dem man oft die Stärke einer Währung abliest. Auch andere Indexe sprechen dafür, behaupten russische Experten, und nicht nur das. ...

<https://snanews.de/20210211/russland-rubel-unbewertet-861126.html>

de.rt.com: Die russische Tichanowskaja? Nawalnys Frau ist Berichten zufolge nach Deutschland gereist

Die Ehefrau des russischen Bloggers Alexei Nawalny hat Russland verlassen, wie Interfax unter Berufung auf eine Quelle meldete. Demnach ist sie nach Frankfurt am Main geflogen. Unternehmer in Russland befürchten ein weißrussisches Szenario und sprechen sich für neue Gesetze aus. ...

<https://kurz.rt.com/2f7l>

de.rt.com: USA werden "russische Aggression" nicht dulden – Biden lässt Bomberstaffel nach Norwegen verlegen

Der neue US-Präsident Joe Biden will sich vom vermeintlichen "Kuschelkurs" seines Vorgängers gegenüber Moskau absetzen und verlegt erstmals US-Bomber nach Norwegen.

Dass die USA nicht zögern werden, die "Kosten für Russland zu erhöhen", habe Moskau demnach selbst zu verantworten. ...

<https://kurz.rt.com/2f6u>

Hannes Hofbauer: Brüssel und Moskau total entfremdet – ein kurzer historischer Abriss zum neuen Tiefpunkt

"Russland entfernt sich zunehmend von Europa und sieht demokratische Werte als existenzielle Bedrohung", verlautete Josep Borrell, außenpolitischer Vertreter der EU, am 8. Februar 2021 nach seinem Kurzbesuch in Moskau. ...

<https://kurz.rt.com/2f7f>

Liudmila Kotlyarova: Im Bundestag fliegen zu Russland und Nord Stream 2 wieder die Fetzen: Flopp oder Sieg der Grünen?

Die jüngste Sitzung des Bundestags zu Entwicklungen in Russland um Nawalny bietet ein Konzentrat von extrem scharfen Worten. Auf Verlangen der Grünen wurde sogar Vizekanzler Olaf Scholz in den Bundestag zitiert, und Außenminister Heiko Maas sollte wieder Farbe bekennen. Ein Gegengewicht bietet diesmal wohl nur noch der Linkspolitiker Gregor Gysi. ...

<https://snanews.de/20210211/bundestag-russland-873338.html>

Bolle Selke: Was ist rassistisch an „Mentalität“? – Wissenschaftler wollen Lehre ohne politische Agenda

70 Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum haben sich zu dem „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ zusammengeschlossen. Sie monieren eine „zunehmende Verengung von Fragestellungen, Themen und Argumenten in der akademischen Forschung“. SNA interviewte dazu Sandra Kostner, Sprecherin des Netzwerks. ...

<https://snanews.de/20210211/wissenschaftler-ohne-politische-agenda-876923.html>

Valentin Raskatov: Die „beste Impfung gegen Covid-19“ – oder eine fragwürdige Therapie?

Er hat sich, seine Familie und Freunde – insgesamt 64 Menschen – mit der „besten Impfung gegen Covid-19“ geschützt. Dafür wurde der Mediziner Winfried Stöcker prompt verklagt, weil er keine Genehmigung für eine klinische Studie erhalten hatte. Was genau lief da ab? ...

<https://snanews.de/20210211/beste-impfung-oder-fragwuerdige-therapie-878040.html>

abends/nachts:

snanews.de: Türkei weist US-Forderungen nach Verzicht auf S-400 zurück

Ankara beabsichtigt nicht, den Forderungen Washingtons nachzukommen und auf die von Russland erworbenen S-400-Luftverteidigungssysteme zu verzichten.

„Bisher gibt es keine Einigung mit den Vereinigten Staaten über die S-400. Als Voraussetzung fordern sie, den Einsatz der Komplexe abubrechen. Aber die Türkei wird eine solche Bedingung nicht akzeptieren. Es handelt sich weder um einen Verzicht auf die S-400 noch um einen Handel um sie herum – auch berücksichtigend, dass wir vom Programm für die Herstellung der neuesten F-35-Jäger ausgeschlossen sind“, sagte Ismail Safi, Mitglied des Rates für Sicherheit und Außenpolitik der türkischen Präsidentschaftsverwaltung, gegenüber SNA. Ihm zufolge will die Türkei eigene Luftverteidigungssysteme herstellen. „Für uns ist dies eine Frage der nationalen Sicherheit. Da wir in der Nato sind, ist es natürlich zu erwarten, dass wir von unseren Verbündeten das bekommen, was wir brauchen. Aber sie haben den Test für Aufrichtigkeit nicht bestanden, weshalb wir uns mit Russland geeinigt haben, und es hat uns

aufrichtig seine Freundschaft gezeigt. Wir setzen die Verhandlungen mit Russland über die Lieferung einer neuen Charge der S-400 fort“, fügte Safi hinzu.

Mit dem Erwerb erster russischer S-400-Systeme im Juli 2019 hatte die Türkei die bilateralen Beziehungen mit ihrem Nato-Bündnispartner USA belastet. Washington drängte Ankara zum Kauf des amerikanischen Pendantes Patriot und drohte, die Lieferung der neusten amerikanischen Jagdflugzeuge F-35 an die Türkei zu kippen.

In dem Streit verhängten die Vereinigten Staaten im Dezember vergangenen Jahres Sanktionen gegen türkische Einrichtungen und Amtspersonen, die in den S-400-Deal involviert waren. US-Außenminister Mike Pompeo begründete die Strafmaßnahmen damit, dass die russischen Abwehrsysteme das US-Militär gefährden würden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/0b/469769_0:97:3212:1904_1440x0_80_0_0_6ccf341cb16347d2ba23337f217b7a4b.jpg

snanews.de: **Ehefrau von Nawalny in Deutschland gelandet – Spiegel**

Die Ehefrau des inhaftierten russischen Kremlkritikers Alexej Nawalny ist laut „Spiegel“ am Mittwochabend in Frankfurt am Main gelandet. Julija Nawalnaja ist demnach zu einem privaten Besuch nach Deutschland gekommen.

Der Kremlkritiker Nawalny war nach seiner angeblichen Vergiftung im vergangenen Sommer mit seiner Frau nach Deutschland gekommen. Sie war in den Monaten seiner Genesung bei ihm. Im Januar waren beide nach Moskau zurückgekehrt. Nawalny wurde noch am Flughafen festgenommen, seine Frau durfte problemlos einreisen.

Am zweiten Februar hatte das Simonowski Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Damit wurde die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, in eine Haftstrafe umgewandelt. Da die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt wird, wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – ungefähr 2,5 Jahre im Gefängnis absitzen müssen.

Für die Zeit seiner medizinischen Behandlung in Deutschland hob die russische Strafvollzugsbehörde die Meldepflicht, die Nawalny bei seiner Verurteilung wegen Veruntreuung von etwa einer halben Million Euro im Jahr 2014 zur Bewährungsaufgabe gemacht worden war, auf. Im Oktober 2020 wurde bekannt, dass der Patient am 23. September aus der Klinik entlassen worden war. Nawalny gab laut der Behörde keine objektiven Gründe für sein Fernbleiben an. Ende Dezember schrieb die Inspektion den russischen Blogger daher zur Fahndung aus. Deutschland und die EU forderten bereits mehrmals die Freilassung von Nawalny.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0a/864555_0:0:3002:1689_1440x0_80_0_0_8aba214a01fdaf75e64edb8f664286d2.jpg

snaneews.de: **Ukraine verbietet Zulassung russischer Impfstoffe gegen Covid-19**

Die Ukraine wird russische Impfstoffe gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 auf dem Territorium des Landes nicht zulassen. Das Verbot der Registrierung russischer Vakzine wurde von Regierungschef Denis Schmygal unterzeichnet, ein entsprechendes Dokument wurde am Mittwoch auf der Homepage des Kabinetts veröffentlicht.

Ende Januar hatte die Werchowna Rada (Parlament) in Kiew ein Gesetz verabschiedet, wonach diverse Impfstoffe in der Ex-Sowjetrepublik registriert werden können.

Voraussetzung dafür sei aber, dass ihre erfolgreichen vorklinischen Tests belegt seien und Genehmigungen zuständiger Stellen in den USA, Großbritannien, der Schweiz, Japan, Australien, Kanada, China, Israel, Indien, Mexiko, Brasilien und der Europäischen Union vorlägen, hieß es.

Dem Papier zufolge sind jegliche in Russland entwickelte Medikamente geächtet, denn Russland sei von der Werchowna Rada als Aggressor eingestuft worden.

Anfang Februar hatte die renommierte medizinische Fachzeitschrift „The Lancet“ über die Phase III der klinischen Studien des Impfstoffs Sputnik V berichtet und das russische Vakzin als sicher und effizient bezeichnet. Sputnik V biete einen vollen Schutz gegen schwere Fälle von Covid-19. Die Tests an 19.866 Freiwilligen hätten eine Wirksamkeit des Serums von 91,6 Prozent bestätigt, hieß es.

Sputnik V ist bislang in 21 Ländern in Europa, Nahost, Südamerika, Zentralasien, Afrika und Asien zugelassen.

snaneews.de: **Fall Nawalny: Putin spricht von Macrons Ablehnung der Kooperation**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen mit den Chefredakteuren mehrerer russischer Medien Einzelheiten seines ersten Telefongesprächs mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron nach der mutmaßlichen Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny bekanntgegeben.

Wie ein Teilnehmer des Treffens gegenüber SNA mitteilte, soll Putin bereits in diesem ersten Telefongespräch die Hilfe der russischen Experten bei der Untersuchung der entnommenen Proben angeboten haben. Er habe außerdem dem französischen Staatschef versichert: Sollte man auch die geringste Spur eines Gifts darin entdecken, werde Russland „in derselben Sekunde“ ein Strafverfahren einleiten.

Putin soll auch eine andere Möglichkeit der Zusammenarbeit vorgeschlagen haben, und zwar Experten nach Russland kommen zu lassen und die hierher gebrachten Proben zu

untersuchen. Macron soll alles abgelehnt und zugleich gesagt haben, dass Russland nicht zusammenarbeiten wolle. Dies habe den russischen Staatschef bestimmt überrascht.

„Wir wollen nicht zusammenarbeiten? ... Was bedeutet es dann zusammenzuarbeiten?“, zitiert der Teilnehmer des Treffens Putin.

Im Ergebnis habe die russische Seite, die zur Zusammenarbeit bereit gewesen sei, weder aus Frankreich noch aus Deutschland Antworten auf ihre Anfragen erhalten, fügte die Quelle hinzu. Während des Gesprächs soll der Präsident auch an die Anfrage Russlands an die OPCW erinnert haben. Deutschland trat damals dagegen auf.

„Wir wollen zusammenarbeiten! Aber was bekommen wir? Null, Zero“, soll Putin gesagt haben.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/01/45523_0:0:2813:1583_1440x0_80_0_0_9e30a6442731e62dddaa4ea9924e2ad1.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorien weiter Detonationen von Sprenganlagen festgestellt:

14:05 Uhr im Gebiet von Orechowo.

16:40 Uhr im Gebiet von Luganskoje.

de.rt.com: Wegen Protestaufruf an Minderjährige: Internationaler Haftbefehl für Nawalny-Mitarbeiter Wolkow

Ein Moskauer Gericht hat Leonid Wolkow, einen leitenden Mitarbeiter von Alexei Nawalny, wegen des Aufrufs Minderjähriger zu nicht genehmigten Protesten auf die Fahndungsliste gesetzt. Später wurde bekannt, dass ein Haftbefehl gegen Wolkow erlassen wurde.

Nach den regierungskritischen Protesten der vergangenen Wochen hat ein russisches Gericht Leonid Wolkow, einen leitenden Mitarbeiter von Alexei Nawalny, zur Fahndung ausgeschrieben. Er sei wegen des Aufrufs Minderjähriger zu den Protesten auf die sogenannte zwischenstaatliche Fahndungsliste gesetzt worden, teilte das Moskauer Gericht am Mittwoch mit. Laut dem russischen Strafgesetzbuch würde dem 40-Jährigen in seiner Heimat eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren drohen. Wolkow stammt aus Jekaterinburg, hält sich nach Medieninformationen derzeit aber in Litauen auf, wobei es aber auch Hinweise gibt, dass er sich derzeit in Deutschland befindet.

Die zwischenstaatliche Fahndungsliste gilt für die gesamte Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), zu der Russland, Weißrussland und sieben weitere ehemalige Sowjetstaaten gehören. Die baltischen Staaten, einschließlich Litauen, sind keine Mitglieder der GUS und setzen auf diese Weise erlassene Haftbefehle nicht routinemäßig durch.

Außerdem forderte die Staatsanwaltschaft seine Festnahme für zwei Monate ab dem Zeitpunkt seiner Inhaftierung in Russland. Wolkow zeigt sich unbeeindruckt: "Nicht beachten, weiterarbeiten", kommentierte er den Fahndungsauftrag auf Telegram. Nawalnys Team sieht das Vorgehen der russischen Justiz als politisch motiviert an.

Letzte Woche hatte die Polizei eine Wohnung in Jekaterinburg durchsucht, die Wolkows Eltern gehört. Seine Mutter Susanna sagte der Zeitung Nowaja Gaseta: "Er wohnt seit 21 Jahren nicht mehr hier und ist seit etwa zehn Jahren nicht mehr hier gemeldet".

Für kommenden Sonntag hat Wolkow die Menschen aufgerufen, sich mit Taschenlampen vor ihren Wohnhäusern zu versammeln und so ihre Solidarität mit Nawalny zum Ausdruck zu bringen. Die Aktion nannte er "Liebe ist stärker als Hass". Maria Sacharowa, die Sprecherin des Außenministeriums, bezeichnete dies als eine vom Westen gesteuerte Aktion.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6023dae248fbef039b541322.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. Februar 3:00 Uhr bis 11. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Unterlaufgranatwerfer – einmal (1 Granate); Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – einmal (28 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Shabunki.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 29.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Streit um russisches S-400-Abwehrsystem: Türkei signalisiert USA Kompromissbereitschaft

Der türkische Verteidigungsminister schlägt das "griechische Modell" für den Einsatz des russischen Luftabwehrsystems S-400 vor. Die Beziehungen zwischen der Türkei und den

USA würden sich kaum verbessern, wenn sie ihre Zusammenarbeit mit YPG in Syrien nicht einstellen.

Die Türkei könnte bereit sein, den vollständigen Einsatz des russischen Luftverteidigungssystems zu unterlassen, dessen Erwerbung zu Sanktionen der Vereinigten Staaten geführt habe, teilte der Verteidigungsminister der Türkei mit.

Die USA forderten mehrfach die Türkei auf, die S-400-Raketen außer Betrieb zu setzen. Der Erwerb des russischen Flugabwehrsystems S-400 seit Juli 2019 verschlechterte die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei, die ohnehin schon durch einige Streitpunkte im Syrienkonflikt belastet waren.

Hulusi Akar sagte in einem Interview, das am Dienstag bei Tageszeitung Hurriyet veröffentlicht wurde, er sei offen für einen Kompromiss, ähnlich dem, den Griechenland nach dem Kauf des älteren russischen S-300-Verteidigungssystems erzielt habe. Griechenland kaufte die russischen Raketen und stationierte sie Ende der Neunzigerjahre auf der griechischen Insel Kreta, um eine Krise zwischen der Türkei und Zypern zu entschärfen. Als S-300 auf der Insel Kreta stationiert wurde, soll das russische Abwehrsystem – von Manövern abgesehen – im Lager geblieben sein, so der türkische Verteidigungsminister.

"Es ist nicht so, als würden wir sie [S-400-Raketen] immer benutzen. Diese Systeme werden je nach Bedrohungsstatus eingesetzt. Auf dieser Grundlage werden wir Entscheidungen treffen."

Akar schlug nun ein "griechisches Modell" für den türkischen Umgang mit den S-400 vor. Man würde das Luftabwehrsystem nur "von Zeit zu Zeit aktivieren", abhängig davon, wie es um die Bedrohungen steht, so der Kern der Botschaft des türkischen Verteidigungsministers. Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA würden sich kaum verbessern, wenn diese ihre Zusammenarbeit mit den Volksverteidigungseinheiten YPG in Syrien nicht einstellen, sagte zudem der türkische Verteidigungsminister. Akar fügte hinzu, dass Washingtons Behauptungen, die PKK und die YPG seien zwei verschiedene Organisationen, nicht stimmen würden.

"Wir können in unseren Verhandlungen mit den USA eine Lösung für die S-400 finden, aber wir erwarten, dass sie die Fakten über die YPG sehen. Wenn wir keine Lösung finden können, können wir in den Beziehungen zu den USA nirgendwo hingehen."

Die PKK wird von der Türkei, der Europäischen Union und den USA als Terrororganisation angesehen. Washington arbeitet seit Langem mit den YPG unter dem Namen SDF (Syrian Democratic Forces) als lokalem Partner im Kampf gegen IS-Terroristen zusammen. Die Türkei ist besorgt darüber, dass die Unterstützung der USA für die YPG den Weg für die "Terrororganisation" ebnen könnte, die laut türkischer Regierung eine größere Autonomie in den nordöstlichen syrischen Gebieten anstrebe.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte im Dezember 2020 die US-Sanktionen gegen die Türkei wegen des Erwerbs von russischen Flugabwehrsystemen S-400 mit scharfen Worten verurteilt. Ankara hatte seinerzeit den Kauf von amerikanischen Luftabwehrsystemen tatsächlich in Erwägung gezogen. Die von den USA angebotenen Bedingungen waren jedoch laut Erdoğan "ungeeignet". Dabei ging es konkret um den Preis: Die S-400-Luftabwehrkomplexe soll die Hälfte der Patriot-Systeme gekostet haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6023f298b480cc654178df71.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. Februar um 9:00 Uhr 2787 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2323 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 241 Todesfälle.

snanews.de: „Katastrophe für die ganze Welt“: Xi Jinping warnt vor Konfrontation zwischen China und den USA

Der Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, hat bei einem Telefongespräch mit US-Präsident Biden am Donnerstag vor einer Konfrontation zwischen den beiden Ländern gewarnt. Darüber berichtet das chinesische Staatsfernsehen CCTV.

Die beiden Staatschefs bezeichneten ihr erstes Telefonat seit Bidens Machtantritt demnach als ein positives Signal für die ganze Welt. In der Mitteilung heißt es:

Die Staatschefs der beiden Länder glauben, dass das heutige Telefonat ein positives Signal an die Welt sendet. Die beiden Seiten haben sich darauf geeinigt, engen Kontakt bei den bilateralen Beziehungen und Fragen von gemeinsamem Interesse zu fördern.“

Biden gratulierte dem chinesischen Volk zum Chinesischen Neujahrsfest, das in diesem Jahr am 12. Februar begangen wird. Xi seinerseits gratulierte Biden zu dessen offiziellen Amtseinführung als Präsident der Vereinigten Staaten.

Während ihres Telefongesprächs tauschten die beiden Seiten Meinungen zu den bilateralen Beziehungen aus und besprachen auch eine Reihe von internationalen Themen.

Zusammenarbeit ist die einzig richtige Wahl

Die einzig richtige Wahl für beide Parteien sei die Zusammenarbeit bei den bilateralen Beziehungen zwischen Peking und Washington, hob Xi hervor.

„Die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit kommt sowohl den USA und China als auch der ganzen Welt zugute. Die Konfrontation zwischen China und den Vereinigten Staaten ist sicherlich eine Katastrophe für die beiden Länder und die Welt“, zitiert der Sender den chinesischen Staatspräsidenten.

Trotz ihrer unterschiedlichen Ansichten in einigen Fragen sollten die Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts regeln, betonte Xi. Außerdem rief der chinesische Staatschef zur Wiederaufnahme der Dialogmechanismen zwischen den beiden Ländern auf, um die Politik des anderen gegenseitig genau zu verstehen und Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu vermeiden.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/106128_0:0:2755:1550_1440x0_80_0_0_4c509d235d790b91fc39fa6ea0e47171.jpg

Mzdnr.ru: Am 10. Februar wurden in der DVR 401 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 151 positiv, bei 54 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 11. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 22.221 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

8051 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 12.267 als gesund entlassen, es gibt 1903 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 50 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 6 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 42 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1182 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 561 mit Sauerstoffunterstützung (+7 in den letzten 24 Stunden).

snanews.de: **Maas für neue Russland-Sanktionen - aber gegen Ende von Nord Stream 2**

Die Spannungen zwischen Deutschland und Russland nehmen immer weiter zu. Ein Ausweg ist nicht in Sicht. Außenminister Maas befürwortet weitere Sanktionen wegen des Falls Nawalny. Er zieht aber auch eine rote Linie für Strafmaßnahmen.

Bundesaußenminister Heiko Maas hat Russland mit weiteren Sanktionen im Zusammenhang mit der Inhaftierung des Kremlkritikers Alexej Nawalny gedroht, ein Ende der Gaspipeline Nord Stream 2 aber abgelehnt. „Sanktionen müssen die Richtigen treffen“, sagte er am Mittwoch im Bundestag zur Begründung.

„Und in diesem Fall sind das diejenigen, die verantwortlich sind für das repressive Vorgehen der Staatsmacht gegen ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger und nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von fast 150 europäische Unternehmen - die meisten davon aus Deutschland.“

Maas wies außerdem darauf hin, welches „Eskalationspotenzial“ ein Stopp der Pipeline hätte. Eine völlige wirtschaftliche Isolation Russlands parallel zu einer Isolation Chinas würde ein Zusammenrücken beider Länder bewirken und „den größten wirtschaftlichen, militärischen Verbund“ schaffen, den es gebe. Das könne nicht die Strategie des Westens sein.

„Deshalb bin ich dagegen, alle Brücken nach Russland abzuschlagen.“

Neue Sanktionen am 22. Februar?

Nawalny war vergangene Woche zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil er aus Sicht der Richterin mehrfach gegen Bewährungsaufgaben in einem früheren Strafverfahren von 2014 verstoßen haben soll. Auf den Oppositionellen war im August in Russland wahrscheinlich ein

Giftanschlag verübt worden, von dem er sich anschließend in Deutschland erholt hat. Die EU-Außenminister wollen am 22. Februar über weitere Sanktionen gegen Russland beraten. Wegen des Anschlags auf Nawalny hatte die Europäische Union bereits im vergangenen Jahr Einreise- und Vermögenssperren gegen mutmaßliche Verantwortliche verhängt.

Maas lehnte auch Sanktionen gegen Russland im Europarat ab, dessen Hauptziel der Schutz von Menschenrechten ist.

„Mit der Mitgliedschaft Russlands im Europarat haben Millionen russische Bürgerinnen und Bürger weiterhin Zugang zum Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Sollen wir ihnen diesen Zugang nehmen?“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0b/867952_0:92:3072:1820_1440x0_80_0_0_03048a56d6d076c7d08048e01d4584df.jpg

Dan-news.info: Kommentar der bevollmächtigten Vertreterin der DVR bei den Minsker Verhandlungen der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung Resnikows über die Situation mit COVID-19 in der DVR

Es vergeht kein Tag ohne Einlassungen der Vertreter der Ukraine in den Medien, in denen sie ein immer mehr und mehr schockierendes Niveau von Heuchelei und Zynismus in Bezug auf die Einwohner des Donbass demonstrieren.

So hat die ukrainische Regierung nach sieben Jahren Beschuss der Republik, humanitärer, Wirtschafts- und Transportblockade und Verletzung der Rechte und Freiheiten plötzlich beschlossen, sich um die Gesundheit unserer Einwohner zu sorgen. Und offensichtlich namentlich im Rahmen dieser Sorge erzählt der Minister zur „Reintegration“ des Donbass in den Massenmedien über einen „medizinischen Genozid“ in der Republik, wobei er Zahlen von sich gibt, die kaum mit der realen Lage übereinstimmen.

Dennoch wäre es naiv anzunehmen, dass irgendwen in der Regierung der Ukraine die reale Lage der Dinge interessiert. Genauso wenig wie die Lage ihrer eigenen Einwohner, denen jetzt das Kabinett der Ukraine offiziell den Zugang zum weltweit anerkannten und von der internationalen medizinischen Gemeinschaft gebilligten Impfstoff ausschließlich aufgrund politischer Diskriminierung alles Russischen von Seiten der ukrainischen Führung verbietet. In dieser Situation müssen wir Alarm wegen der Situation mit der Ausbreitung des Coronavirus und insgesamt mit dem Gesundheitssystem in der Ukraine schlagen. Übrigens hätte dieser Staat die reale Möglichkeit gehabt, seinen Bürgern durch die Lieferung des wirksamen und sicheren russischen Impfstoffs zu helfen.

Aber stattdessen zieht es die ukrainische Regierung vor, die absurde Politisierung des humanitären Bereichs und die Politik der Russophobie fortzusetzen. Der Preis einer solchen Entscheidung ist nicht nur der abgespaltene Donbass, der nicht mehr Teil dieses Staates sein

wird, sondern auch das Leben und die Gesundheit von Millionen Einwohnern der Ukraine. Deshalb empfehlen wir den ukrainischen Beamten nachdrücklich, als erstes vernünftig die Folgen der eigenen Regierungsentscheidungen in der Ukraine zu bewerten, ehe sie mit lautstarken Formulierungen und nicht überprüften Daten über die Situation im Donbass um sich zu werfen.

deu.belta.by: **Lukaschenko: In Belarus hat man versucht, eine Revolte zu entfachen**

In Belarus hat man versucht, keine Buntrevolution, sondern eine Revolte zu entfachen. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in seinem Vortrag bei der 6. Allbelarussischen Volksversammlung.

„Eine Buntrevolution war in Belarus unmöglich. Deshalb stützte man sich auf bestimmte innere Kräfte und versuchte, eine Revolte laut Blitzkrieg-Methode zu entfachen. Sie ist misslungen. Das Land hat einstweilen durchgehalten“, sagte der Staatschef.

Alexander Lukaschenko betonte, dass das Ziel der Gegner des belarussischen Staates nicht bekannt sei. Ihre weiteren Handlungen ließen sich nicht prognostizieren. Eindeutig stehe aber fest, dass sie Belarus nicht in Ruhe lassen würden. „Sehr mächtige Kräfte sind im Einsatz. Die Niederlage in diesem Krieg steht nicht auf ihrem Programm. Wir müssen um jeden Preis aushalten. Das Jahr 2021 wird ausschlaggebend dabei sein“, sagte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1613033182_55778_big.jpg

Lug-info.com: **Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Vereinbarungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Herr Resnikow, der Leiter des sogenannten „Reintegrationsministeriums“, der durch eine Ironie des Schicksals auch die Funktion des stellvertretenden Leiters der Delegation der Ukraine bei den Minsker Verhandlungen hat, hat der Welt eine „tiefgehende Analyse“ der Situation mit dem Coronavirus auf den Territorien der LVR und der DVR offenbart.

Dasselbe Ministerium, das unter Integration eine Segregation versteht und das einen Gesetzentwurf „über das Rechtsregime der Übergangszeit“ erstellt hat, worin statt eines besonderen Status des Donbass ein Regime von Konzentrationslagern vorgesehen ist, sorgt sich, warum auch immer, plötzlich stark um die Gesundheit der Bürger der Republiken des Donbass.

Die „Sorge“ der Ukraine kennt der Donbass sehr gut: sowohl der massive Artilleriebeschuss mit Luftschlägen in den Jahren 2014-2015 als auch die Transport-, Energie-, Wasser- und im Ergebnis Wirtschafts- und humanitäre Blockade, die durch einen Erlass des Präsidenten der Ukraine juristisch befestigt wurde.

Jetzt blockiert Kiew in seiner „Sorge“ um die Bevölkerung des Donbass, ja und der gesamten

Ukraine im Ganzen, die Möglichkeit einer Impfung durch ein direktes Verbot des Einsatzes des bereits in der Welt anerkannten russischen Impfstoffs, der in ein paar Monaten auch hätte in Charkow produziert werden können. Und stattdessen ist ein Kauf von Impfstoffen geplant, die bezüglich Effektivität und Sicherheit mit dem russischen nicht zu vergleichen sind und überhaupt in der nächsten Zeit nicht erhältlich sein werden.

Und den Donbass, der schon Impfungen mit „Sputnik-V“ begonnen hat, versucht die Kiewer Regierung als irgendeinen „Übungsplatz für Experimente“ darzustellen und beschuldigt Russland des „medizinischen Genozids“, mit dieser abstrusen Formulierung, weil es durch humanitäre Lieferungen eines Impfstoffs auf Bitte von Donezk und Lugansk den Donbass rettet.

Ein unmenschliches Experiment an ihrer Bevölkerung führt nun die Ukraine bereits im siebenten Jahr durch. Und die, die nicht nachgeben, versucht man physisch zu vernichten: in Odessa zu verbrennen und im Donbass zu erschießen, als Kanonenfutter an die Abgrenzungslinie zu schicken und durch das Coronavirus auszumerzen.

Die Worte Resnikows über die Impfung im Donbass als „medizinischer Genozid“ sind zumindest Heuchelei, und wenn man tiefer gräbt – ein Verbrechen. Und nicht gegenüber dem Donbass, sondern gegenüber den Einwohnern der Ukraine.

nachmittags:

de.rt.com: Spiel mit dem Feuer? Ukraine bietet der NATO Luftraum über der Krim zur Nutzung an

Die Ukraine hat der NATO angeboten, den Luftraum über der Krim für militärische Zwecke zu nutzen. Dies erklärte der ukrainische Minister für Infrastruktur nach einem Gespräch mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär am Mittwoch in Brüssel.

Spiel mit dem Feuer? Ukraine bietet der NATO Luftraum über der Krim zur Nutzung an
Der ukrainische Minister für Infrastruktur Wladislaw Kriklij hat dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär Patrick Turner angeboten, den Luftraum über der Halbinsel Krim für NATO-Operationen zu nutzen. Das Gespräch fand am Mittwoch in Brüssel im Rahmen des Besuchs der ukrainischen Delegation mit dem ukrainischen Premierminister Denis Schmygal an der Spitze in Brüssel statt.

Der Minister bekräftigte den Kurs der Ukraine "auf die Integration in die euroatlantischen Systeme der kollektiven Sicherheit". Eine der wichtigen Facetten dieser Integration sei die Teilnahme der Ukraine am Datenaustausch im Luftverkehr, sagte Kriklij:

"Unter Berücksichtigung des aktualisierten EASA-Flugsicherheitsbulletins in der Fluginformationsregion Simferopol sowie nach der Aufhebung der Beschränkungen für Flüge in der Fluginformationsregion Simferopol durch die US-Luftfahrtbehörde schlagen wir vor, diesen Teil des Luftraums für Luftoperationen der NATO für den Transport von Truppen, Ausrüstung, Fracht und dergleichen zu nutzen. Wir hoffen auf die Unterstützung der NATO bei der Kontrolle über die Lage im Luftraum entlang der Grenze zu Russland."

Nach dem Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014 fand in der ukrainischen Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol ein Referendum statt, an dem 80 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Die überwiegende Mehrheit der Wähler (96,7 beziehungsweise 95,6 Prozent in der Krim und in Sewastopol) stimmte für die Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation. Ungeachtet der eindeutigen Abstimmungsergebnisse erkennt die Ukraine diese nicht an und betrachtet die Wiedervereinigung der Krim mit Russland als völkerrechtswidrig.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6025125648fbef44ae2a8889.JPG>

snanews.de: **Terroranschläge bei Protestaktionen in Russland geplant – Polizei**

Mitglieder der Terrororganisation Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) planen Anschläge bei Protestaktionen in mehreren russischen Städten. Dies teilte eine Polizeiquelle gegenüber SNA mit.

„Zu diesem Zweck bereiten die Anführer der Terrorgruppen Dschaisch al-Muhadschirin wal-Ansar, Dschama'at al-Tawhid wal-Dschihad, Adschnad al-Kawkas und weiterer zu HTS gehörender Gruppierungen die erfahrensten Kämpfer vor, die russischer Herkunft sind oder in Russlands Nachbarländern angeworben wurden“, so die Quelle.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11.02.2021**

Während des Besuchs des Präsidenten der Ukraine im Donbass haben die ukrainischen Spezialdienste die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Unter Berücksichtigung dessen, dass das Niveau des Vertrauens der Bevölkerung des Landes zu Selenskij zielstrebig absinkt, haben die Rechtsschutzorgane den oppositionell eingestellten Bürgern besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ein solcher Vertreter wurde von Mitarbeitern des SBU in einer Einheit der 35. Brigade entdeckt.

Nach uns vorliegender Information bewertete der Soldat die Aktivitäten Selenskis negativ und hat sich mehrfach geäußert, dass dieser liquidiert werden müsse. Am 10. Februar wurde der Verdächtige von Mitarbeitern des SBU festgenommen. Aber beim Transport zum Haftort unternahm der Soldat einen Fluchtversuch, wodurch er den Konvoi zum Einsatz von Waffen gegen ihn provozierte. Er starb an Ort und Stelle an seinen Verletzungen.

Da sie wissen, dass für den Besuch des Präsidenten der Ukraine mit den Botschaftern der G7 im Donbass ein Vorwand nötig sein wird, um die Volksrepubliken der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen, haben ukrainische Propagandisten aus dem Stab der Strafoperation unter Mitwirkung von verlogenen Statisten aus dem GZKK den Tod des Soldaten als Verlust in der Folge von Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR dargestellt.

de.rt.com: **Entspannung am Himalaya: China und Indien ziehen laut Bericht Truppen zurück**

Schon seit Jahrzehnten streiten sich Indien und China, die beiden Staaten mit der größten Bevölkerung, um ihre Grenze im entlegenen Himalaya-Gebirge. 1962 wurde um die Frage sogar ein Krieg geführt. Auch im letzten Jahr kam es zu ernststen Spannungen.

Der indische Verteidigungsminister Rajnath Singh hat erklärt, dass Indien und China sich

darauf geeinigt haben, ihre Truppen von der umstrittenen Grenze im westlichen Himalaya zurückzuziehen. Der Rückzug, der nach mühsamen Gesprächen erreicht wurde, habe im Gebiet des Pangong-Sees begonnen.

Singh bestätigte am Donnerstag vor dem indischen Parlament den Durchbruch, der mit Peking nach einer monatelangen Konfrontation an der umstrittenen Grenze, die offiziell als "Line of Actual Control" (LAC) bezeichnet wird, erzielt wurde.

"Unsere anhaltenden Gespräche mit China haben zu einer Vereinbarung über den Rückzug am Nord- und Südufer des Pangong-Sees geführt."

Die Rückzugsvereinbarung wurde von Peking am Mittwoch bekannt gegeben. Die chinesische Volksbefreiungsarmee erklärte, dass der Rückzug der Truppen bereits begonnen habe. Nach dem Pangong-See werden beide Seiten Truppen aus anderen Gebieten entlang der LAC abziehen, teilte Singh mit.

"Um den Rückzug an den Reibungspunkten entlang der LAC zu gewährleisten, sollten die Truppen beider Seiten, die sich jetzt in unmittelbarer Nähe befinden, die im Jahr 2020 errichteten vorgeschobenen Posten räumen und zu den permanenten und akzeptierten Basen zurückkehren."

Das erbitterte Patt zwischen den beiden Nationen begann im vergangenen April, als Indien China beschuldigte, seine Truppen an mehreren Punkten entlang der De-facto-Grenze vorzurücken und eine neue Infrastruktur zu errichten. Peking hat diese Vorwürfe jedoch wiederholt zurückgewiesen und stattdessen Neu-Delhi die Schuld an der Eskalation gegeben.

Die Spannungen erreichten im Juni einen Höhepunkt, als sich indische und chinesische Truppen eine tödliche Schlägerei lieferten. Bei dem Vorfall starben mindestens 20 indische Soldaten, auch auf chinesischer Seite soll es mehrere Verletzte gegeben haben. Peking hat jedoch nie offizielle Zahlen über die mutmaßlichen Opfer der Schlägerei genannt.

Die Eskalation an der Grenze hinterließ eine große Delle in den bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, wobei sowohl Neu-Delhi als auch Peking zusätzliche Truppen in das umstrittene Gebiet entsandten.

Die beiden Nationen teilen sich eine etwa 3.500 Kilometer lange Grenze in dem dünn besiedelten Berggebiet. Seit einem Krieg im Jahr 1962 konnten sich Indien und China nie auf einen richtigen Grenzverlauf einigen und erheben weiterhin überlappende Gebietsansprüche in der Region.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6025106348fbef44fc7d6c28.jpg>

deu.belta.by: **Lukaschenko: Neue Verfassung soll innerhalb eines Jahres vorbereitet werden**

Das Projekt der neuen Verfassung soll innerhalb eines Jahres vorbereitet werden. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko in seiner Rede vor der 6. Allbelarussischen

Volkversammlung in Minsk.

Der belarussische Staatschef erinnerte daran, dass die Verfassungsreform kein neues Thema ist. „Ich habe vor zwei Jahren angeordnet, die Arbeit an den neuen Verfassungsentwürfen zu beginnen. Vor wenigen Monaten habe ich in meiner Jahresbotschaft an die Nationalversammlung und das belarussische Volk erwähnt, dass zwei neue Verfassungsprojekte auf meinem Tisch lagen. Nun geht es um die Vorbereitung der dritten Verfassung. Innerhalb eines Jahres soll das Projekt der neuen Verfassung abgeschlossen werden – dieses Projekt wird zur breiten öffentlichen Diskussion angeboten. Frühestens zu Beginn des nächsten Jahres werden wir dieses neue Projekt zum Referendum stellen“, sagte Alexander Lukaschenko.

Die neue Verfassung wird von den Gesetzgebern einen enormen Kraftakt abverlangen – viele Gesetze sollen umformatiert und die Gesetzesbasis insgesamt geändert werden. „Ich bin sicher, dass wir diese Aufgabe im nächsten Jahr stemmen können“, fügte der Staatschef hinzu. Aus seiner Sicht sollte man in diesem ganzen Prozess „keine Fehler machen“. Er führte in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der letzten soziologischen Studie an, in der fast 60 Prozent der Befragten gegen die Verfassungsänderung sind. „Ich bin aber nicht einverstanden. Die geltende Verfassung hat das Amt des Präsidenten mit sehr vielen und schweren Befugnissen ausgestattet. Für jemand, der zum Beispiel an die Macht mit Gewalt gelangen würde, würde so eine Verfassung uneingeschränkte Vollmachten bedeuten. Deshalb besteht die objektive Notwendigkeit, ein neues Projekt der Verfassung zu entwickeln und zum Referendum zu stellen“, resümierte der Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1613053458_55801_big.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11. Februar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zweimal den zweiten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

So haben Kämpfer in **Richtung Gorlowka** von den Positionen des 503.

Marineinfanteriebataillons der 35. Marineinfanteriebrigade der BFU im Bereich des Jushnaja-Bergwerks in Dershinsk in Verletzung des zweitens Punkts der Zusatzmaßnahmen das **Gagarin-Bergwerk** in Gorlowka mit einem Unterlaufgranatwerfer und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner von den Positionen des 23. Bataillons der 56.

Panzergranadierbrigade der BFU im Gebiet von Peski aus das Feuer mit automatischen Granatwerfern eröffnet und 28 Granaten auf **Shabunki** abgefeuert.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben außerdem Kämpfer des 137. Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU **Befestigungsarbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** im Gebiet von Majorsk betrieben.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade **zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Marjinka stationiert** wurden.

Die ukrainischen Strafruppen beschießen systematisch Objekte der zivilen Infrastruktur, friedliche Bürger und deren Häuser. Fast täglich ist die Donezker Filterstation unter Beschuss. So haben Kämpfer der 72. Brigade ein weiteres Mal einen **Bus, der eine Arbeitsschicht der DFS befördert, mit Schusswaffen beschossen**. Diese Sachverhalte werden vom offiziellen Bericht der OSZE-Mission vom 10. Februar 2021 bestätigt.

In den Truppenteilen und Verbänden der BFU in der Zone der Besatzungskräfte geht die Reihe von Vorfällen weiter, in deren Folge die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal zunimmt. Tod und Verletzung ukrainischer Kämpfer hängen in der überwiegenden Mehrzahl mit Verkehrsunfällen, nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen, Alkoholismus, Konflikten unter Alkoholeinfluss oder Geraten auf eigene Minenfelder zusammen und ereignen sich aufgrund der fehlenden Kontrolle von Seiten des Kommandos über das unterstellte Personal.

Um die realen Ursachen der Vorfälle zu verheimlichen, setzt das Kommando der OOS weiter die Praxis um, nicht kampfbedingte Verluste als Ergebnis von Kampfhandlungen darzustellen und beschuldigt die Volksmiliz der DVR des Geschehens.

So gab es nach Informationen unserer Quellen auf den Positionen der 56. Brigade im Gebiet von Peski einen Streit zwischen Kämpfern des 23. Panzergrenadierbataillons, die betrunken waren. Während des Konflikts setzte einer von ihnen seine Dienstwaffe ein und schoss einen Kameraden, den Soldaten Ratschinskij, in die linke Hand. In der Brigade läuft eine Ermittlung um die Ursachen dieses Vorfalles aufzuklären.

Der Stab der Strafoperation seinerseits hat das Verbrechen gegenüber der Öffentlichkeit verheimlicht und die Verletzung des Soldaten als Ergebnis von Beschuss seitens der Einheiten der Volksmiliz der DVR dargestellt.

Ein weiterer Vorfall unter Beteiligung von Kämpfern der 56. Brigade ereignete sich am 10. Februar. Der Soldat des 37. Bataillons Koschelenko, der betrunken war, verließ eigenmächtig die Positionen und fuhr nach Wodjanoje, um wärmende Getränke zu beschaffen. Auf dem Weg wurde der Deserteur von einer Patrouille des militärischen Rechtsordnungsdienstes gestoppt, um seine Dokumente zu kontrollieren. Da er keine Dokumente bei sich hatte, versuchte Koschelenko zu fliehen, im Zusammenhang damit setzte die Patrouille Schusswaffen gegen ihn ein. Der Soldat wurde mit einer Schussverletzung am linken Bein ins Krankenhaus eingeliefert. Inzwischen führt die Militärstaatsanwaltschaft Ermittlungsmaßnahmen durch.

Einen Tag später gab es im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ einen weitere Fall von eigenmächtigem Verlassen der Positionen durch einen ukrainischen Kämpfer.

Am 9. Februar fuhr der Soldat Osmitel aus der 72. Brigader BFU mit einem Chevrolet Aveo, den er von einem Kameraden genommen hatte, nach Awdejewka, um Drogen des Typs „Spice“ zu beschaffen. Da er nicht in einem adäquaten Zustand war, kam der Soldat nicht mit der Lenkung des Fahrzeugs zurecht und fuhr auf einen Strompfeiler auf. Infolge des Verkehrsunfalls wurde Osmitel mit einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma und zahlreichen Hämatomen in ein Krankenhaus von Pokrowsk eingeliefert. Da ihm bewusst war, dass er wegen des Verkehrsunfalls bestraft werden würde, sowie unter Berücksichtigung des materiellen Schadens, den er bei der Reparatur des Fahrzeugs würde ersetzen müssen, verließ er das Krankenhaus und floh in unbekannte Richtung. Derzeit fahndet der militärische Rechtsordnungsdienst nach dem Deserteur.

Alle diese Fälle demonstrieren deutlich das Fehlen jeder Kontrolle von Seiten des ukrainischen Kommandos über das unterstellte Personals und das geringe Niveau des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten.

snanews.de: **Nach Putsch in Myanmar: Militär nimmt weitere Politiker fest**

Das Militär in Myanmar hat laut der Zeitung „The Irrawaddy“ weitere ranghohe Politiker in Gewahrsam genommen. Bei den Verhafteten handelt es sich um mindestens sechs Mitglieder der Partei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) der entmachteten Regierungschefin Aung San Suu Kyi, darunter auch einen engen Berater der 75-Jährigen.

Die Festnahmen erfolgten am späten Mittwohabend. Zuvor hätten die Parteimitglieder offen ihre Unterstützung für die landesweiten Proteste gegen den Putsch bekundet.

Nach dem Militärputsch in Myanmar halten ungeachtet des verhängten Versammlungsverbots die landesweiten Proteste an. Die Demonstranten lehnen die Machtübernahme durch das Militär ab und fordern die Freilassung der ehemaligen Regierungschefin Aung San Suu Kyi aus der Haft und ihre Wiedereinsetzung.

Eine größere Kundgebung fand am Donnerstag vor der chinesischen Botschaft in Rangun (offiziell heute Yangon) statt. In der nördlichen Stadt Mandalay gingen bunt gekleidete Künstler auf die Straße, um die Wiedereinsetzung der zivilen Regierung zu verlangen. Auch Bankangestellte und Mitarbeiter der Bahn nahmen an Demos teil.

In der Nacht zum 1. Februar hatte das Militär im früheren Birma erneut geputscht und die Regierungschefin Aung San Suu Kyi festgesetzt. Suu Kyi, die im November die Parlamentswahl deutlich für sich entschieden hatte, ist seither in Gewahrsam. Auch zahlreiche andere Politiker der Regierungspartei „Nationale Liga für Demokratie“ wurden in Gewahrsam genommen. Am Dienstag hat die Polizei Medienberichten zufolge versucht, Demonstranten mit Wasserwerfern und Gummikugeln auseinanderzutreiben. Dabei sei auch scharf geschossen worden. Eine junge Frau sei in kritischem Zustand, heißt es.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/02/753412_0:320:3072:2048_1440x0_80_0_0_f15278d21aaca5b98e8e21352dde743e.jpg

deu.belta.by: **Belarus und Russland werden Militärübungen „Sapad-2021“ im Herbst durchführen**

Belarus und Russland werden Militärübungen „Sapad-2021“ im Herbst durchführen. Das erklärte der belarussische Staatschef, Alexander Lukaschenko, heute in seinem Vortrag bei der 6. Allbelarussischen Volksversammlung, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

Das Staatsoberhaupt versicherte, dass Belarus der Entwicklung der Streitkräfte auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken wird. „Wir haben eine der besten Armeen in der Region, und unsere Rivalen erkennen das an. Aber dieser Status sollte durch Kampftraining,

rechtzeitige Aufrüstung von Waffen und militärischer Ausrüstung und Modernisierung der militärischen Infrastruktur aufrechterhalten werden“, bemerkte er.

Laut Staatschef wird auch die militärische und militärtechnische Zusammenarbeit mit Russland und anderen OVKS-Ländern fortgesetzt. „Wir müssen die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufgrund der angespannten militärischen und politischen Situation in der osteuropäischen Region stärken. Genauer gesagt, an unseren Grenzen“, sagte Alexander Lukaschenko. Ihm zufolge sind multinationale Streitkräfte der NATO ständig in Polen und den baltischen Staaten stationiert, Dutzende von militärischen Übungen werden jedes Jahr durchgeführt, um den Einsatz von großen Kontingenten von Truppen aus dem amerikanischen Kontinent in Europa zu üben. Vor einigen Wochen hielt Polen sogar eine Winterstabsübung ab, bei der auf Computern ein zukünftiger NATO-Krieg mit einer regionalen Gruppierung von Truppen aus Russland und Belarus simuliert wurde. „Mit diesen Übungen motivieren sie zusätzliche Zuweisungen für die Entwicklung ihrer Armee in Polen und der NATO-Truppen“, sagte die belarussische Staatsoberhaupt.

„Und wir werden in diesem Herbst eine gemeinsame Militärübung „Sapad-2021“ mit Russland abhalten, hauptsächlich in Belarus, auf den belarussischen Schießplätzen“, sagte der Präsident.